

MAGAZIN 2000
Deutschland: Beutegut & Zahlmeister der Welt

EXTRA 10

EUR 8,00 · sFr 15,00
Luxemburg EUR 9,25
Österreich EUR 9,10

B 13345 B

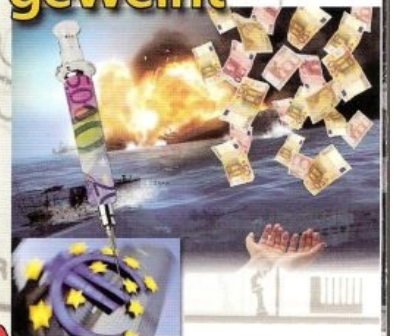
September 2010 **Nr. 289**

Das Deutsche Reich EXISTIERT



**Falsche
Oder-Neiße-Grenze**

**Euro dem
Untergang
geweiht**



**Politische
Zeitenwende**

**Amtliche Warnung
der Deutschen Reichsbank**

ISSN 1434-3088



6 Das Deutsche Reich ist niemals untergegangen

Die militärische Kapitulation wurde am 7. Mai 1945 unterzeichnet. Niemals zuvor hat eine Regierung eine Kapitulation des Deutschen Reiches unterzeichnet. Anfang 1945 wurde nach Völkerrecht das Deutsche Reich besetzt und beschlagnahmt bis zum heutigen Tage.



Warnung der Deutschen Reichsbank

20

Während in den vorherigen Warnungen seit 2008 noch die Zeichen dargelegt wurden, daß die Depression auf allen Gebieten vollständig sichtbar ist und die Beschleunigung der Krise wieder in jeder Richtung zunimmt, muß jetzt

festgestellt werden, daß die Endphase der Staatsverschuldungen durch Staatsbankrott und der Zusammenbruch der großen Währungen keine Frage von Jahren, sondern nur noch von Monaten, vielleicht sogar nur noch von Wochen ist.

26 Rede des Reichskanzlers

Am 11. August 2009 jährte sich zum 90sten Male der Tag, an dem vor 90 Jahren in Schwarzburg (und nicht in Weimar) die Verfassung des Staates Deutsches Reich unterzeichnet wurde. Um den internen

Machtkämpfen zwischen den Parteien sowie angedrohten Morden führender Politiker zu entgehen, flüchteten die Unterzeichner aus dem Deutschen Reichstag in Berlin nach Weimar, und dann, zur Unterzeichnung am 11. August 1919, nach Schwarzburg.

Dem Untergang geweiht

Das europäische Experiment ist gescheitert und wird lediglich noch künstlich am Leben gehalten, und zwar durch das Lebenserhaltungssystem des Freikaufs auf Kosten des Steuerzahlers. Ein synthetischer europäischer Superstaat zeigt seine Lebensunfähigkeit und den herannahenden Tod durch die Implosion seiner Währung.

34

Die falsche Oder-Neiße-Grenze

Wie Polen im Jahre 1945 willkürlich und unter Brückierung der damaligen Alliierten und Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und der von ihnen erlassenen Potsdamer Beschlüsse eine neue, für den gerade nur durch deren intensive Hilfe wiederentstandenen polnischen Staat eine für ihn vorteilhaftere, aber damals nicht genehmigte deutsch-polnische Grenze einfach selbst festlegte, militärisch sicherte und obendrein noch ironischerweise als Oder-Neiße-Friedensgrenze bezeichnete.



INHALT

2 Inhalt

6 Das Deutsche Reich ist niemals untergegangen

1945: Die Wehrmacht, nicht das Deutsche Reich hat kapituliert

20 Warnung der Deutschen Reichsbank

Die Entwicklungstendenzen im weltweiten monetären Bereich

26 Rede des Reichskanzlers

90 Jahre Verfassung des Deutschen Reichs

34 Dem Untergang geweiht

Die Europäische Union und ihre Währung

38 Die falsche Oder-Neiße-Grenze

Die Frage des Deutschen Ostens ist weiterhin offen

50 Das Combin der UN-Charta und der Wiedervereinigung

Die Feindstaatenklausel der UN-Charta

50 Das Combin der UN-Charta und der Wiedervereinigung

Laut Artikel 53 und 107 der UN-Charta können gegen Deutschland und Japan, die Feinde der UN-Gründer waren,

jederzeit Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, darunter auch Maßnahmen militärischer Art, um einer Erneuerung ihrer Aggressionspolitik entgegenzutreten. Zwar behauptet das Auswärtige Amt, Artikel 53 und 107 seien obsolet, weil die Alliierten im 2+4-Vertrag auf das



Weiterwirken ihrer Besatzungsrechte verzichtet hätten. Die Besatzungsrechte sind in der BRD uneingeschränkt weiter in Kraft geblieben.

INHALT

54 Die deutsche Idee vom vereinigten Europa

Ein alter Plan im neuen Gewand

58 Politische Zeitenwende überall

Die Eiterbeule Afghanistan platzt auf

64 Deutschland...

Bilanz nach zwei Niederlagen

78 Beutegut und Zahlmeister der Welt

65 Jahre Ausplünderung Deutschlands

96 Schaffe, schaffe, Häusle klaue...

Der Kampf der BRD-Justiz gegen einen Reichsbürger

100 Leserbrief

103 Impressum und Kleinanzeigen

104 Buchbesprechungen

106 Vorschau

96

Schaffe, schaffe, Häusle klaue...

Was der Autor hier berichtet ist eine schier unfaßbare Geschichte, die aber in unserer demokratischen BRD-GmbH die Regel zu sein scheint. Alles fing mit einem ganz normalen



Testament an, wie sie zu Tausenden verfaßt werden – doch was sich daraus entwickelte, zeigt die Verflechtungen und Kungeleien der BRD-Justiz in Zusammenarbeit mit Anwälten und Notaren und in anderen Fällen auch mit Banken.

54

Die deutsche Idee vom vereinigten Europa

Der Autor berichtet: „Vor kurzem hatte ich die Möglichkeit, einige Ausgaben des deutschen Magazins ‚Signal‘ aus den Jahren

1939 bis 1945 einzusehen. Dabei machte ich eine erstaunliche Entdeckung: Die Idee des Vereinigten Europas, wie wir es heute anstreben, wurde bereits in der Zeit des Zweiten Weltkrieges im damaligen Großdeutschen Reich geboren. Heute wird nun versucht, dies mit aller Kraft, wenn auch etwas modifiziert, durchzusetzen.“



Politische Zeitenwende überall

Für die hier herrschende politische Klasse werden die das nahe Ende ihrer Herrschaft ankündigenden Einschlüge immer zahlreicher und unübersehbarer. Am bedrohlichsten für Frau Merkel zeigt sich aktuell eine Entwicklung im angeblich systemrelevanten Afghanistan. Jeder Gedanke daran, in diesen Ablauf mit der Hilfe mächtiger Freunde einzugreifen, wäre fatal und nutzlos zugleich. Es gilt hier jenes „fiat ius“, das nicht mehr aufzuhalten ist.

58

64

Deutschland...

Zwei Niederlagen – das sind nicht nur die bitteren Niederlagen am Ende der beiden

Weltkriege. Das sind auch zwei Niederlagen ganz anderer Art, die zutiefst in das Wesen des deutschen Volkes und der deutschen Seele eingegriffen haben. Und daran kranken wir heute stärker als an den beiden verlorenen Weltkriegen.

Die Gründung des zweiten Reiches im Jahre 1871 führte zu einem unerhörten Aufschwung in Deutschland. Er erfaßte alle Gebiete des wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens – heute versinkt es in Tristesse.



Beutegut und Zahlmeister der Welt



78

Um die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands heute zu verstehen, muß man zur

Situation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges zurückkehren. Der Zweite Weltkrieg kostete Deutschland etwa 5 Millionen Todesopfer, 90 Mio. Deutsche hatten aber überlebt. Viele Gebäude waren zerstört, aber Tausende von Firmen waren noch existent. Die USA sahen Deutschland damals als einen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, auf den man aufpassen muß, damit er nicht technologisch überholt oder zu viele Ressourcen verbraucht.

Sehr verehrte Leserinnen und Leser!

Mit der „EXTRA“-Reihe des Magazin2000plus werden extra ausgewählte Themen, diesmal zu politischen, völkerrechtlichen Begebenheiten, aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft behandelt. Sie erhalten eine Zusammenfassung der Ereignisse die zum Grundgesetz für die BRD und zur Verfassung der DDR, zum 2 plus 4-Vertrag, besser 4 plus 2-Vertrag, führten.

Sie erfahren, daß keine Regierung, seit Adenauer und auch Kohl, einen Friedensvertrag realisieren konnte, wollte oder durfte und die „Volle Souveränität“ ein Wunsch ist.

Das Deutsche Reich ist existent.

Die Kommissarische Reichsregierung 1985 von Wolfgang Ebel begründet, wird von vielen erstaunt betrachtet, manchmal belächelt, wie auch die vielen Nachahmer, die sich Namen wie „Exilregierung des Deutschen Reichs“, „Interimsregierung Deutsches Reich“ usw. gegeben haben. Ebel behauptet von den USA dienstverpflichtet worden zu sein. Auf Nachfragen nach schriftlichen Beweisen, Ernennungsurkunde etc., gibt es die Aussage, daß dem Inhalt des Schreiben an die Regierung der USA 1985, nach 21 Tagen nicht widersprochen wurde und damit anerkannt sei. Eine weitere amtliche Bestätigung sei über die US-EUCOM am 04.06.2003 erfolgt. Weitere Instruktionen würden seitdem von Fall zu Fall durch die USA über einen Verbindungsoffizier erfolgen.

Daß eine Ernennung seitens der USA 1985 nicht dokumentiert wurde, ergibt sich logischerweise aus der Tatsache, daß die BRD als Besatzungskonstrukt durch eine solche Maßnahme faktisch hätte abgeschafft werden, ebenfalls die DDR als Besatzungskonstrukt „verschwinden“ und die Ostgebiete des Reiches hätten zurückgegeben werden müssen. Das ist bisher nicht geschehen.

Nicht vergessen werden darf die Problematik, die mit der Aufhebung der Besetzung dieser Gebiete einhergehen wird. (Diese Thematik wurde ausführlich in „EXTRA 1“ behandelt).

Lesen Sie zu diesem Themenkreis auch die Einschätzung des Präsidenten der Deutschen Reichsbank (der kommissarischen Reichsregierung).

Die Realität hat manchmal mehrere Facetten. Da gibt es den Begriff „normative Kraft des Faktischen“, mit dem man uns glauben machen will, die BRD sei ein Staat und das Volk lebe in uneingeschränkter Souveränität.

Da gibt es die EU, die gegen den Willen der meisten Deutschen aber auch gegen den Willen vieler anderer in die EU gezwungenen Völker gerade die viel gepriesene Souveränität durch den sogenannten Europa-Vertrag, auch als Vertrag von Lisabon oder EU-Verfassung bezeichnet, drastisch eingeschränkt hat.

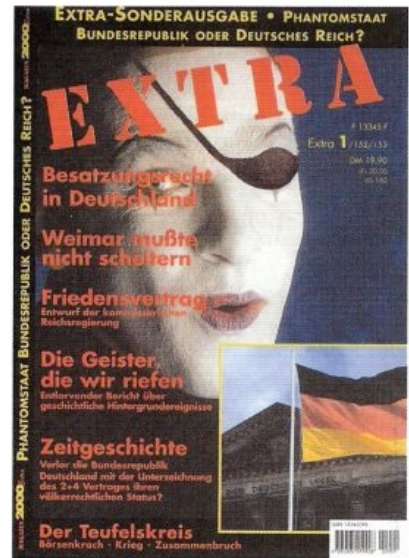
Da werden weltweit die Menschen um Nahrung, Besitz und Leben gebracht, die Perversität der Machtgier und der Egobefriedigung scheint unbegrenzt zu sein und wird von den willfähigen Dienern der Machtelite durch geplante Finanztransaktionen, Kriege, Hungersnöte, gezielt herbeigeführte Wasser-, Schnee-, Erdbeben-, Dürre- und Kältekatastrophen unterstützt und realisiert.

Da wird der eine oder andere doch auch Gedanken an das Deutsche Reich, an uneingeschränkte Souveränität, an Selbstbestimmungsrecht haben dürfen.

Eigentlich unantastbare Menschenrechte.

Ihre **Ingrid Schlotterbeck**

September 2010



Ingrid Schlotterbeck

Die Wehrmacht hat
1945 kapituliert – nicht das Deutsche Reich

Das Deutsche Reich ist niemals untergegangen

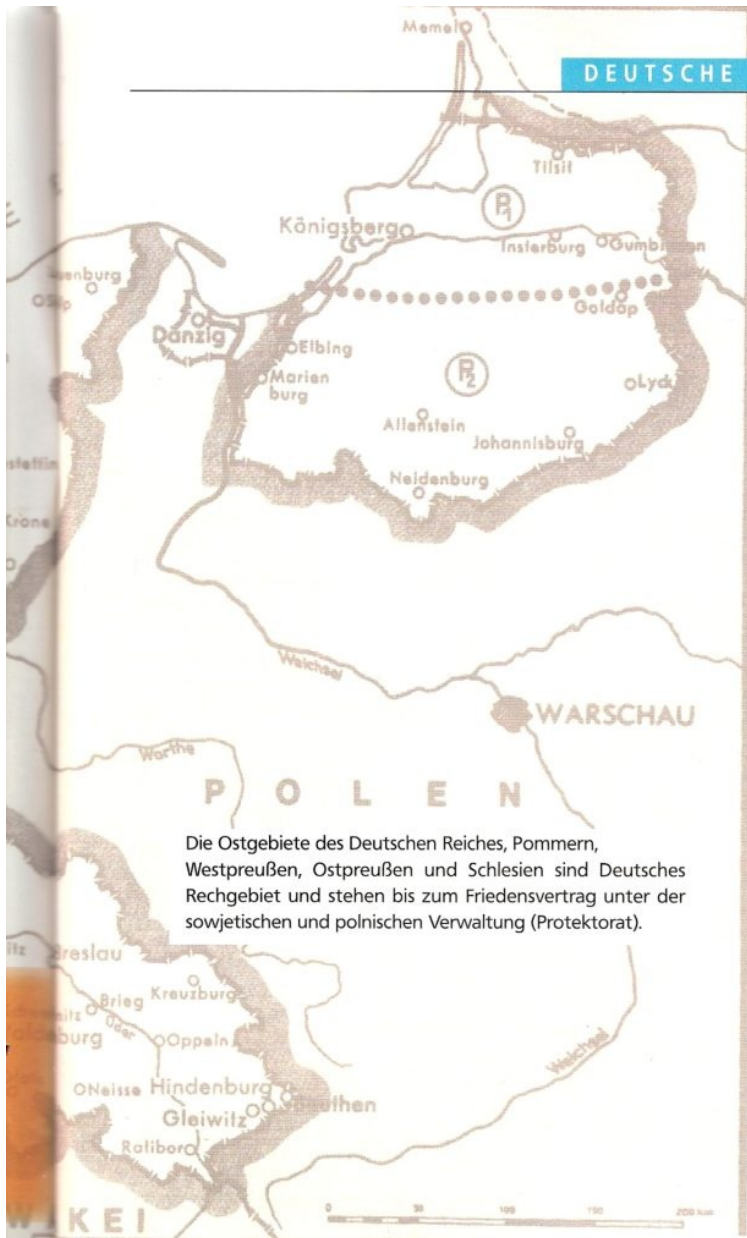
Die SHAEF und SMAD-Gesetze haben nach wie vor Geltung,
da das Deutsche Reich bis jetzt keinen Friedensvertrag hat
und nach wie vor von den Siegermächten besetzt ist.



Großadmiral Karl Dönitz agierte bis zur Verhaftung und Absetzung seiner Regierung durch alliierte Truppen am 23. Mai 1945 als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und Oberbefehlshaber der Wehrmacht.



Karl Dönitz, Festnahmekarte der US-Regierung vom 23. Juni 1945.



Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, Pommern, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien sind Deutsches Reichgebiet und stehen bis zum Friedensvertrag unter der sowjetischen und polnischen Verwaltung (Protoktorat).

Die militärische Kapitulation am 7. Mai 1945 wurde von Generaloberst Jodl und Generalfeldmarschall Keitel und Friedeberg unterzeichnet.

Niemals hat eine Regierung – auch nicht die sogenannte geschäftsführende Regierung unter Großadmiral Dönitz, eine Kapitulation des Deutschen Reiches unterzeichnet.

Mit der Verhaftung Dönitz', durch die Engländer Anfang 1945 in Flensburg, wurde nach Völkerrecht das Deutsche Reich besetzt und beschlagnahmt bis zum heutigen Tage.

Dönitz informierte die Presse und am 8. Mai die Deutsche Bevölkerung durch den Flensburger Sender über die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht.

Er erklärte dem deutschen Volk: „Mit der Besetzung Deutschlands liegt die Macht bei den Besatzungsmächten“.

Mit dieser militärischen bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht hat aber nicht das Deutsche Reich kapituliert.

Auch der völkerrechtliche Begriff „Debellatio“, gemeint ist die Niederwerfung eines Gegners, greift hier nicht. Der oder die Sieger müßten von dem Zustand der Debellatio Gebrauch machen. Da gäbe es nur zwei Möglichkeiten. Eine ist die Annexion, also die Einverleibung des eroberten Gebietes, die andere die Subjugation, also die Verknechtung des Volkes.

Jedoch haben die Sieger beides nicht getan. In Potsdam wurde ausdrücklich erklärt, daß weder das deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge der Annexion weggenommen werden. (Potsdamer Abkommen 17.7. bis 2.8.1945 3 Mächte Konferenz)

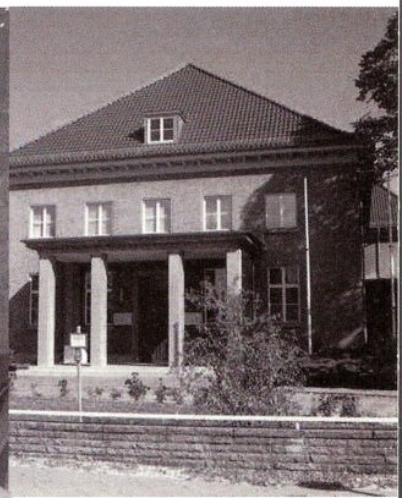
Demgegenüber stehen aber zwei vorherige Konferenzen. Einmal die zu Teheran vom 28.11. bis 1.12.1943 und die zu Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945.

Fortsetzung Seite 12

Die erste Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation erfolgte im westalliierten Hauptquartier in Reims durch Generaloberst Alfred Jodl. Dies geschah am 7. Mai 1945, nachts um 2.41 Uhr, mit Wirkung zum 8. Mai abends, 23.01 Uhr.

GFM Keitel unterzeichnet in Berlin-Karlshorst, Ort der zweiten Unterzeichnung, die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht am 9. Mai 1945.

Ort der Unterzeichnung in Berlin-Karlshorst.



Potsdamer Abkommen



Als Potsdamer Abkommen wird das Ergebnis der Potsdamer Konferenz auf Schloss Cecilienhof in Potsdam nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa bezeichnet. Auf der Konferenz wurden hierzu unter anderem die politische und geografische Neuordnung Deutschlands, seine Entmilitarisierung, die von Deutschland zu entrichtenden Reparationen und der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern beschlossen und am 2. August 1945 festgeschrieben.
http://de.wikipedia.org/wiki/Potsdamer_Abkommen

Mit einem dreifachen Handschlag besiegelten die Drei Staatsmänner Churchill, Truman, und Stalin das Potsdamer Abkommen.

Triple handshake, with, from left to right, Winston Churchill, President Harry S. Truman, and Generalissimo Gay Stalin at the Potsdam Conference.

Abschlussprotokoll

Winston Churchill, Harry S. Truman, Josef Stalin

Das Treffen in Potsdam fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, die Presse war nicht zugelassen. Das Abschlussprotokoll der Konferenz wurde in der Kurzfassung unter dem Titel Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin veröffentlicht. Es handelte sich dabei der Form nach um ein gemeinsames Konferenzkommuniqué, eine gemeinsame Willens- beziehungsweise Absichtserklärung, und nicht um einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Seine inhaltliche Bindung und Reichweite war umstritten, da zwischen politischer und rechtlicher Wirkung deutlich zu unterscheiden ist.

Das von den Verhandlungspartnern unterzeichnete Protokoll enthält u. a. folgende Punkte der Konferenz, die auch als so genannte Potsdamer Beschlüsse bekannt sind:

- Ablauf der Konferenz
- Errichtung eines „Rates der Außenminister“
- Grundsätze für die Besetzung Deutschlands
- Bestimmungen über die Reparationen
- Betrachtung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit
- Verfügung über die deutsche Kriegs- und Handelsmarine
- Behandlung von Kriegsverbrechern
- Regelungen über territoriale Fragen bzgl. der deutschen Ostgebiete (bis zur endgültigen Friedensregelung unter einstweiliger polnischer Verwaltung), Österreich und Polen
- Abschluss von Friedensverträgen
- territoriale Treuhänderschaft
- ordnungsgemäße Umsiedlung verbliebener deutscher Bevölkerungsteile



aus Polen bzw. den polnisch verwalteten Gebieten Deutschlands, der Tschechoslowakei und Ungarn

Winston Churchill, Harry S. Truman, Josef Stalin auf dem Treffen in Potsdam 1945.



Schloß Cecilienhof liegt im nördlichen Teil des Neuen Gartens in Potsdam. Bekannt geworden ist Cecilienhof als Tagungsort der Potsdamer Konferenz, die hier vom 17. Juli bis 2. August 1945 stattfand.

Teheran-Konferenz

Die Konferenz von Teheran, auch EUREKA-Konferenz bzw. Konferenz der „Großen Drei“ genannt, fand vom 28. November bis zum 1. Dezember 1943 als erste Konferenz der drei Hauptalliierten im Zweiten Weltkrieg, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion, statt. Teilnehmer waren der US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der britische Premierminister Winston Churchill, der sowjetische Staatschef Josef Stalin sowie deren jeweilige militärische Berater.

Geplanter Gegenstand der Konferenz war in erster Linie die Absprache über die weitere Vorgehensweise auf dem europäischen Kriegsschauplatz im Jahr 1944 und die Zeit nach einem Sieg der Alliierten über Deutschland. Dazu hatten sich die Combined Chiefs of Staff der Westalliierten im November in Kairo getroffen, um ihre eigene Strategie zu erörtern und die Kernfragen an die sowjetische Führung auszuarbeiten. Anschließend begaben sie sich zur Konferenz nach Teheran.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Teheran-Konferenz> .



Die Konferenz von Jalta

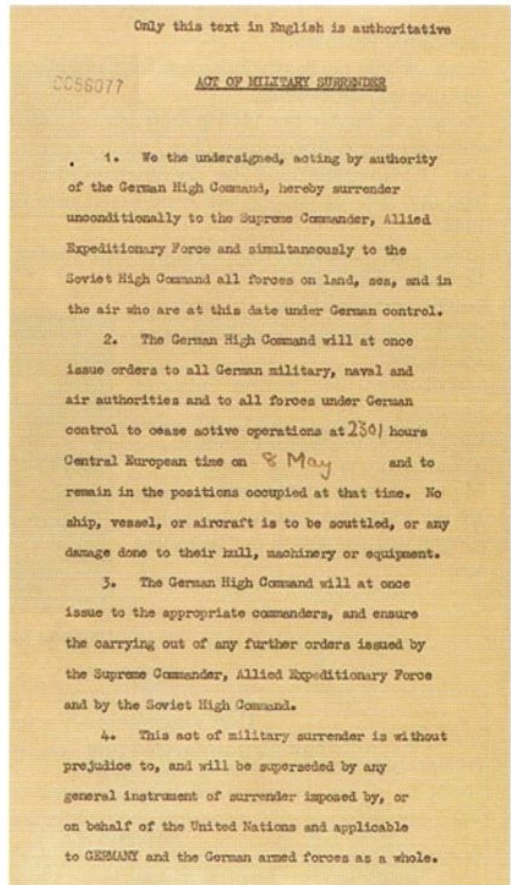
Auf Einladung des sowjetischen Staatschefs trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 Josef W. Stalin, Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill im Seebad Jalta auf der Halbinsel Krim, um sich über das militärisch-politische Vorgehen in der Schlußphase des Zweiten Weltkriegs zu verständigen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Behandlung des Deutschen Reichs und der von ihm besetzten Gebiete nach dessen Niederlage sowie die vor allem von den USA angestrebte Gründung der United Nations Organisation (UNO). Die Verhandlungen auf diesem nach der Konferenz von Teheran (Ende 1943) zweiten Gipfeltreffen der "Großen Drei" waren auch von Einigkeit über grundsätzliche Ziele



geprägt: Die schnelle Beendigung des Kriegs und eine Entnazifizierung Deutschlands sahen alle Beteiligten als unbedingt notwendig an. Unterschiedliche Eigeninteressen und gegenseitiges Mißtrauen gestalteten aber die Ausarbeitung endgültiger Entscheidungen schwierig. Die Erfolge der Roten Armee, die nach ihrer Winteroffensive 1945 bereits an die Oder vorgedrungen war und damit Polen und die deutschen Ostgebiete in sowjetische Hand gebracht hatte, bewegten Churchill und den gesundheitlich stark geschwächten Roosevelt vermutlich dazu, den Wünschen Stalins mit größerer Kompromißbereitschaft zu begebenen.

<http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/jalta/>

Die Kapitulationsurkunde (Act of Military Surrender) vom 7. Mai 1945 – erste Seite.



Die Casablanca-Konferenz vom 14. - 26. Januar 1943

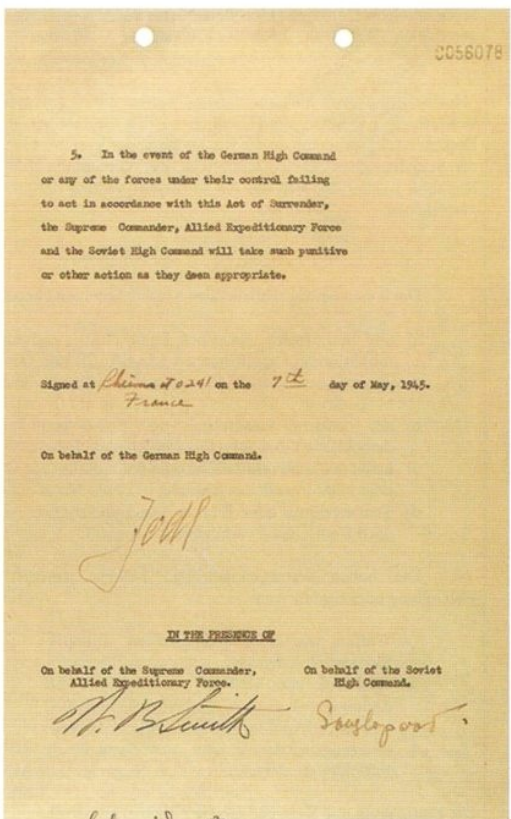
Die Casablanca-Konferenz war ein Geheimgespräch von US-Präsident Franklin D. Roosevelt, dem britischen Premierminister Winston Churchill und den Combined Chiefs of Staff (CCS), ein gemeinsamer Operations- und Planungsstab der USA und Großbritanniens während des Zweiten Weltkriegs. Sie fand vom 14. bis 26. Januar 1943 im marokkanischen Casablanca statt. Auch Stalin war eingeladen, er konnte jedoch wegen des Kampfes um Stalingrad die Sowjetunion nicht verlassen. Die von Stalin seit langem geforderte zweite Front in Europa war von Roosevelt bereits zugesagt, aber nicht vor Juli/August 1943 in Aussicht gestellt worden. Auf britischen Vorschlag wurde eine Landung auf Sizilien für Juni/Juli 1943 verabredet. Mit ihr sollte die Mittelmeerposition der Alliierten gefestigt und der Sprung auf das italienische Festland vorbereitet werden. Präsident Roosevelt verkündete auf einer Pressekonferenz als vorrangiges Kriegsziel die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und seiner Verbündeten



Quelle: http://potsdamer-konferenz.de/geschichte/casablanca_konferenz.php

Casablanca-Konferenz 1943:
Sitzend: Der amerikanische Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Churchill.
Stehend, 1. Reihe v.l.n.r.: General Arnold, Admiral King, General Marshall, Admiral Pound, Air Chief Marshal Portal, General Brooke, Field Marshal Dill und Admiral Mountbatten.

Die Kapitulationsurkunde (7. Mai 1945) – zweite Seite.



"Londoner Protokoll"

Protokoll über die Besetzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin

London, 12. September 1944 in Kraft seit 7./8. Mai 1945 geändert durch Abkommen über Ergänzungen zum Protokoll vom 12. September 1944 über die Besetzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 14. November 1944.

Abkommen über Ergänzungen zum Protokoll vom 12. September 1944 über die Besetzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 26. Juli 1945

Inkrafttreten der letzten Fassung: 13. August 1945

Vertragsstaaten: Großbritannien, Sowjetunion, Vereinigte Staaten Frankreich (erst im Abkommen vom 26. Juli 1945, den anderen Vereinbarungen war Frankreich nur beigetreten)



Londoner Konferenz 12.09.1944 Lancaster-House.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vorläufige Regierung der Französischen Republik haben folgendes Abkommen im Hinblick auf die Ausführung des Artikels 11 der Urkunde der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands geschlossen:

1. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, zum Zwecke der Besetzung in vier Zonen eingeteilt, von denen je eine einer der vier Mächte zugewiesen wird, und ein besonderes Berliner Gebiet, das der

gemeinsamen Besatzungshoheit der vier Mächte unterworfen wird.

2. Die Grenzen der vier Zonen und des Berliner Gebietes und die Verteilung der vier Zonen unter die USA, das UK und die UdSSR und die Französische Republik werden wie folgt festgelegt:

Ostzone (wie in der beigefügten Karte "A" ersichtlich siehe Seite 12)

Quelle:

http://potsdamer-konferenz.de/dokumente/londoner_protokoll.php

**Der Viermächte-Vertrag
Zur Entmilitarisierung Deutschlands *)**

(29. April 1946)

PRÄAMBEL:

Am 05. Juni 1945 haben die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, des Vereinigten Königreichs und der Provisorischen Französischen Republik ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht, die notwendige Entwaffnung und Demobilisierung Deutschlands herbeizuführen. Dies ist bereits in beträchtlichem Umfange geschehen. Nichts soll den Vollzug dieser Aufgabe verhindern oder verzögern. Es bleibt noch sicherzustellen, daß die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands so lange in Kraft bleibt, wie es Friede und Sicherheit der Welt erfordern.

Nur wenn sie diese Sicherheit haben, werden die Nationen Europas und der ganzen Welt es sich erlauben können, ausschließlich zu den Gewohnheiten des Friedens zurückzukehren. Dies zu erreichen, kommen die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik zusammen, sich auf ein in diesem Vertrag definiertes gemeinsames Vorgehen zu verpflichten.

ARTIKEL I

Die hohen vertragschließenden Mächte kommen überein, dafür zu sorgen, daß:

- a) alle bewaffneten deutschen Land-, Luft-, Luftabwehr- und Seestreitkräfte, alle militärischen Organisationen wie SA; SS und Gestapo sowie Hilfsorganisationen der vorgenannten Kräfte entwaffnet, demobilisiert und aufgelöst werden und bleiben;
- b) der deutsche Generalstab und Stäbe von halb-militärischen Organisationen demobilisiert und aufgelöst werden und bleiben;
- c) keine deutsche militärische oder halb-militärische Organisation in irgendeiner Form oder unter irgendeiner Tarnung in Deutschland erlaubt wird;
- d) Sicherstellung oder Einfuhr von militärischen Ausrüstungsgegenständen in und nach Deutschland verhindert werden soll.

Die hohen vertragschließenden Mächte werden insbesondere verhindern die Herstellung oder Einfuhr von:

- 1. Waffen, Munition, Sprengstoffen, militärisches Kriegsgeschütz jeder Art;
- 2. jeder Art von Material, das sich für die Bedingungen, die von den hohen vertragschließenden Mächten festgelegt sind, für alle Maßnahmen zur Entwaffnung und Entmilitarisierung geeignet sind;
- 3. Kriegsschiffen aller Klassen sowie Unterseebooten;
- 4. Flugzeugen jeder Art und Ausrüstung für die Verteidigungszwecke.

Die Einrichtung und Verwendung für militärische Zwecke

ARTIKEL III:

Die hohen vertragschließenden Mächte kommen überein, dass sie für die Dauer der alliierten Besetzung Deutschlands in ihren jeweiligen Zonen durch den Alliierten Kontrollrat alle Maßnahmen zur Entwaffnung und Entmilitarisierung streng durchführen werden, die in Artikel I festgesetzt sind. Sie kommen weiter überein, daß die ausdrückliche Annahme der in Artikel I und II festgelegten Maßnahmen durch Deutschland eine unerläßliche Bedingung für die Beendigung der alliierten Besetzung deutschen Gebietes ist.

**Gesetz
zur Befreiung von
Nationalsozialismus
und Militarismus**

mit den Ausführungsvorschriften
und Formularen

In amtlichem Auftrag
herausgegeben und mit Anmerkungen und
Sachverzeichnis versehen von

Erich Schullze
Präsident der Bundeskammer
für München

Zweite, ergänzte Auflage

Biederstein Verlag München

Die Verhandlungen der „Großen Drei“ waren von Einigkeit über grundsätzliche Ziele geprägt: Die schnelle Beendigung des Kriegs und eine Entnazifizierung Deutschlands sahen alle Beteiligten als unbedingt notwendig an. Die Abb. zeigt den Umschlag des Entnazifizierungsgesetzes.

SMAD - Sowjetische Militäradministration in Deutschland

war die oberste Besatzungsbehörde in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ).

Sie existierte auf Befehl Nr. 1 des Obersten Befehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland vom 9. Juni 1945 bis zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. Damit wurden die Abmachungen der Alliierten aus der Endphase des Zweiten Weltkriegs, nach denen jede Besatzungsmacht innerhalb ihrer Besatzungszone eine autonome Militärregierung einzurichten hatte, realisiert.

Die Zentralbehörde war in Berlin-Karlshorst stationiert. Oberste Befehlshaber waren die Generale G. K. Schukow, W. D. Sokolowski und zuletzt Wassili Tschuikow.

Die formale Grundlage der SMAD war der Befehl Nr. 1 des Obersten Befehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland vom 9. Juni 1945.

Am 10. Oktober 1949 wurde die SMAD aufgelöst. Ihr Nachfolger war die Sowjetische Kontrollkommission (SKK).

Die Regierung der DDR bei Tschuikow bei der Übertragung der Verwaltungshoheit am 11. November 1949.

Der nächste Schritt bestand in der Erklärung der Ministerpräsidenten der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission in der DDR am 20. September 1955.

Die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) (Grupa sowjetskich wojsk w Germanii) waren Gliederungen der Land- und Luftstreitkräfte der Roten Armee / Sowjetarmee, die von 1954 bis 1994 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert waren. In der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete man sie auch als Gruppe der Sowjetischen Truppen in Deutschland (GSTD).

Auszug aus Kontrollratsgesetz Nr.1

Kontrollratsgesetz Nr. 1 betreffend die Aufhebung von NS-Recht aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Durch das vom Alliierten Kontrollrat erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 1 betreffend die Aufhebung von NS-Recht vom 20. September 1945 (kurz: Kontrollratsgesetz Nr. 1) wurden zahlreiche namentlich aufgeführte Ausnahmegesetze des Nationalsozialistischen Regimes aufgehoben. Auch durfte keine deutsche Gesetzesverfügung mehr angewendet werden, die jemanden „auf Grund seiner Rasse, Staatsangehörigkeit, seines Glaubens oder seiner Opposition zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Lehren“ benachteiligen könnte.

MILITARY GOVERNMENT — GERMANY
SUPREME COMMANDER'S AREA OF CONTROL

Proclamation No. 1

To the people of Germany:

General Dwight D. Eisenhower, Supreme Commander, Allied Expeditionary Force, do hereby proclaim as follows:

I

Allied Forces serving under my command have now entered Germany. We come as conquerors, but not as oppressors. In the area of Germany occupied by the Allied Forces, we shall obliterate Nazism and German Militarism. We shall overthrow the Nazi rule, dissolve the Party and abolish the cruel, oppressive and discriminatory laws and institutions which the Party has created. We shall eradicate that German Militarism which has often disrupted the peace of the world. Military and political leaders, the Gestapo and others suspected of crimes against the peace will be tried and, if guilty, punished as they deserve.

II

Legislative, judicial and executive authority within the occupied territory are vested in me as Supreme Commander of the Allied Forces and as Military Government. The Military Government is established to exercise these powers under my direction. All persons in the occupied territory will obey immediately and without delay all the enactments and orders of the Military Government. Military Government Courts will be established for the punishment of offenders. Resistance to the Allied Forces will be ruthlessly stamped out. Other serious offenses will be punished with severity.

III

All German courts and educational institutions within the occupied territory are suspended. The Volksgerichtshof, the SS Courts, the SS Police Courts and other special courts are deprived of authority throughout the occupied territory. Re-opening of the criminal and civil courts and educational institutions will be authorized when conditions permit.

IV

All officials are charged with the duty of remaining at their posts until further orders, and obeying and enforcing all orders in directions of Military Government or the Allied Forces. This applies also to officials, employees and workers of all public undertakings and utilities and to all persons engaged in essential work.

DWIGHT D. EISENHOWER,
Supreme Commander
Allied Expeditionary Force

MILITARREGIERUNG — DEUTSCHLAND
KONTROLL-GEBIET DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS

Proklamation Nr. 1

An das deutsche Volk:

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte, gebe hiermit folgendes bekannt:

I

Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von den Alliierten Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtsätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staatspolizei und andere Personen, die verdächtig sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig befunden, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.

II

Die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militärgouverneur vereinigt. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalten unter meinem Befehl auszuüben. Alle Personen in dem besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchlos alle Befehle und Veröffentlichungen der Militärregierung zu befolgen. Gerichte der Militärregierung werden eingesetzt, um Rechtsbrecher zu verurteilen. Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte wird unabsichtlich gebrochen. Andere schwere strafbare Handlungen werden schärfstens geahndet.

III

Alle deutschen Gerichte, Unterrichts- und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf weiteres geschlossen. Dem Volksgerichtshof, den Sondergerichten, den SS-Polizeigerichten und anderen außerordentlichen Gerichten wird überall im besetzten Gebiet die Gerichtsbarkeit entzogen. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Straf- und Zivilgerichte und die Wiedereröffnung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten wird genehmigt, sobald die Zustände es zulassen.

IV

Alle Beamte sind verpflichtet, bis auf weiteres auf ihren Posten zu verbleiben und alle Befehle und Anordnungen der Militärregierung oder der Alliierten Behörden, die an die deutsche Regierung oder an das deutsche Volk gerichtet sind, zu befolgen und auszuführen. Dies gilt auch für die Beamten, Arbeiter und Angestellten sämtlicher öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Betriebe sowie für sonstige Personen, die notwendige Tätigkeiten verrichten.

DWIGHT D. EISENHOWER,
Oberster Befehlshaber
der Alliierten Streitkräfte.

SHAEF

The Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF) was an alliance of American, British and French forces responsible for planning and executing Allied activities in Western Europe against the Germans. SHAEF, led by supreme commander General Dwight Eisenhower, was the organization that developed Operation Overlord. SHAEF was established on February 13, 1944, and later, following the German surrender on May 9, 1945, disbanded on July 15, 1945. The SHAEF insignia survives today (in a slightly modified form) as the symbol for the United States Army Europe.



Übersetzung sinngemäß:

Die S.H.A.E.F. ist eine Allianz von amerikanischen, britischen und französischen Truppen verantwortlich für Planung und Aufträge der Alliierten Aktivitäten in West Europa gegen die Deutschen. S.H.A.E.F. wurde durch den obersten Kommandeur Major General Dwight D. Eisenhower geführt, dieses Unternehmen ist aus der Operation Overlord entstanden. S.H.A.E.F. ist am 13. Februar 1944 gegründet und später, im Anschluß an die deutsche Kapitulation am 09. Mai 1945, im Juli 1945 verabschiedet worden. Das S.H.A.E.F. Abzeichen besteht heute (in einer leicht veränderten Form) als das Symbol der Vereinigten Staaten Armee in Europa.

Wörtliche Übersetzung von S.H.A.E.F.:

| | | | |
|---|---|---------------|---------------|
| S | = | Oberstes | Supreme |
| H | = | Hauptquartier | Headquarters |
| A | = | Alliierten | Allied |
| E | = | Expeditionen | Expeditionary |
| F | = | Truppen | Force |

Die sinngemäße Übersetzung bedeutet daß:

die Obersten Vereinigten Alliierten Schutztruppen eingesetzt sind zur Befreiung vom Nationalsozialismus, vom Nationalismus, vom Kommunismus und vom Terrorismus, der erst noch zu errichtenden Vereinigten Staaten von Europa vom Atlantik, einschließlich des Mittelmeerraumes, bis zum Ural. Das gilt bis zum Friedensvertrag mit dem in den Außengrenzen vom 31. 12. 1937 fortbestehen zu habenden neutral, handlungsfähig und souverän wiederherzustellenden Staate²⁶³ Deutsches Reich für alle Staaten gegen die das Dritte Reich den Zweiten Weltkrieg vom 01. 09. 1939 bis zum 08. 05. 1945 geführt hat.

Fortsetzung von Seite 7

Bei beiden Konferenzen ging es unter anderem aber auch schon um Grenzverläufe zwischen Rußland, Polen, dem Baltikum und Deutschland.

Die russisch und später auch polnisch besetzten und verwalteten Gebiete des Deutschen Reiches sind aber niemals abgetreten worden.

Auch wenn durch die Politiker der BRD anlässlich des 4 plus 2-Vertrages (Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, 12.09.1990) Grenzverläufe vorläufig festgelegt oder bestätigt wurden, handelt es sich bestimmt nicht um Gebietsabtretungen. Die BRD-Politiker können keine Gebiete des Deutschen Reiches abtreten, da sie nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sind.

Mit dem 4+2 Vertrag wurde nach dem Völkerrecht juristisch das Deutsche Reich bestätigt.

Jetzt ist die Verfassung von 1919 gültig und von den USA 1985 bestätigt.

Bei den 4+2- Verhandlungen befahlen die vier Mächte den deutschen Außenministern Genscher und Meckel die Streichung des Artikels 23 GG der BRD und die Aufhebung der Verfassung der DDR.

Die vier Mächte befahlen, die zwei Außenminister Genscher und Meckel empfangen die Auflösung der Grenzen zwischen BRD und DDR.

Weiter erging der Befehl der vier Mächte die Finanz- und Verwaltungs-GmbH für eine Übergangszeit zu gründen, bis die vier Siegermächte das Deutsche Reich wieder herstellen.

Gelegentlich werden die BRD-Politiker als „Erfüllungsgehilfen der Besatzungsmächte“ bezeichnet, die jedoch kaum jemals die Interessen des Deutschen Volkes vertreten haben.

Das gilt seit der Ära Adenauer, Kohl und setzt sich bis heute so fort. Die alliierten Siegermächte teilten das Deutsche Reich in vier Besatzungszonen auf. Um Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten, gaben sie den drei West-Zonen das Grundgesetz als Judikative (gesetzgebende Gewalt).

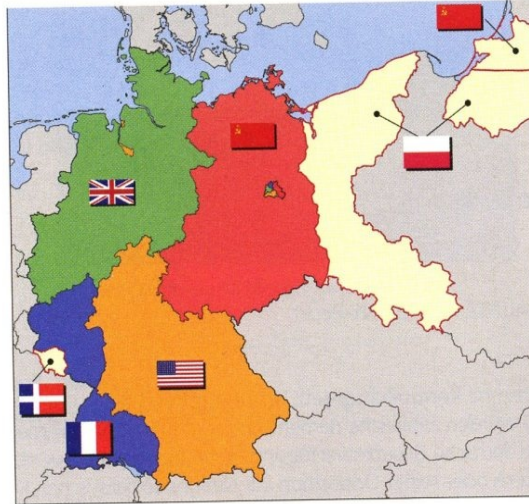
Die militärische Zone Mitteldeutschlands, von der Sowjetmacht (Stalin) besetzt, erhielt eine Verfassung (1948). Diese Verfassung wurde 1964 überarbeitet und ergänzt. Die Ostgebiete Pommern, Schlesien, Ost- und Westpreußen stehen unter sowjetischer Besatzung und polnischer Verwaltung.

Für die drei Westzonen wurde Carlo Schmid von den Alliierten beauftragt, und handelte nach deren Weisung, das Grundgesetz für die BRD, auszuarbeiten.

Der erste Bundeskanzler der Westzone war Konrad Adenauer und zuerst gleichzeitig auch Außenminister. Theodor Heuss war der erste Bundespräsident.

In Mitteldeutschland wurde Wilhelm Pieck erster Präsident und Otto Grotewohl Ministerpräsident.

Die BRD beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den „Geltungsbereich des Grundgesetzes BVerfGE 3, 288 (319f); 6,309 (338, 363)“.



Deutschland 1947. Die vier Besatzungszonen gemäß dem Potsdamer Abkommen, das freie Saarland und die von der Sowjetunion unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellten Ostgebiete

1.) Deutschland ist auch heute noch, durch die Alliierten besetzt! BEWEIS: siehe nachfolgendes Schreiben.



Bundesministerium der Justiz

Geschäftszeichen: 53-9181... FZ 30020064
(bei Anhörung angeben)

Berlin, den 29. März 2004

Postfachnummer:
Bundesministerium der Justiz, 1 015 01 Berlin
Königsplatz, Mauerstraße 27, 10117 Berlin
Telefonnummer: Königsplatz 41, 10117 Berlin
Telefon: 0 30 26 5 80 - 0
(0 30) 20 25 - 70
bei Durchwahl: 0 30 26 5 27 - 198 14
(0 30) 20 23 - 30 14
Telefax: 0 30 26 5 40 - 05 25
(0 30) 20 25 - 95 25

Schutzbund der Kreditnehmer
Landesverband Hessen e. V.
Postfach 1253
35315 Homberg / Ohrn

EINGEGANGEN

31. MARZ 2004

Bezug: Überleitungsvertrag

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. März 2004

Sehr geehrter Herr [Name]

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 2004, mit dem Sie sich nach der Gültigkeit von Artikel 2 des Überleitungsvertrages erkundigt hatten.

Ihre Annahme, wonach Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) weiterhin in Kraft sei, ist zutreffend. In der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl. 1990 II S. 1306) ist unter Ziffer 3 bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages in Kraft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[Signature]

(Dr. Hiestand)

2.) Deutschland hat nach wie vor keinen Friedensvertrag!

| | | |
|--|---|--------------------------------|
| Handelsregister B des Amtsgerichts Frankfurt am Main | Abteilung B Wiedergabe des aktuellen Registerinhalts Abruf vom 13.9.2007 12:11 | Nummer der Firma: HRB 51411 |
| -Ausdruck- | Seite 1 von 2 | |

1. Anzahl der bisherigen Eintragungen:

8

2. a) Firma:

Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung

b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen:

Frankfurt am Main

c) Gegenstand des Unternehmens:

Die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalts- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen mit der Maßgabe der Optimierung der Zinskosten des Bundes und seiner Sondervermögen. Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme mittels Schuldschein, dem Abschluss derivativer Geschäfte, (Aufnahme und Anlage) zum Ausgleich des Kontos der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Bundesbank, bei der Verwaltung der Schulden und Finanzierungsinstrumente des Bundes und seiner Sondervermögen sowie bei der Führung des Bundesschuldbuches. Die Gesellschaft kann alle Rechtsgeschäfte und Maßnahmen durchführen, die geeignet erscheinen, den Zweck der Gesellschaft zu fördern, soweit gesetzliche Bestimmungen oder dieser Gesellschaftsvertrag nicht entgegenstehen.

3. Grund- oder Stammkapital:

50.000,00 DEM

4. a) Allgemeine Vertretungsregelung:

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis:

Geschäftsführer: Ehlers, Gerd, Berlin, *05.11.1946
Geschäftsführer: Schiefel, Gerhard, Frankfurt am Main, *24.05.1946

5. Prokura:

Gesamtprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer:
Dr. Lehr, Carsten, Rodgau, *06.10.1965
Peters, Hans-Joachim, Bad Homburg v. d. Höhe, *12.11.1948 Plinko,
Hans Jörg, Köln, *18.03.1964
Dr. Ricker, Andreas, Mönchfeld, *30.05.1965
Weinberg, Thomas, Frankfurt am Main, *02.11.1961

6. a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag:

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1990

Vom BVG wurde Weiteres und Wichtiges festgestellt! Auszug aus Urteil 2 Bvf 1/73:

Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein Westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert, der Geltungsbereich war in Art. 23 GG. festgelegt.

Mit den Verfassungsgerichtsurteilen der Organisationsform BRD, die gar keine Verfassung hat, 2BvL6/56, 2Bvfl1/73 und 2BvR373/83, wurde unwiderruflich festgestellt, daß das Deutsche Reich existiert ist.

Bis zum heutigen Tag gibt es kein Dokument, wodurch der Kriegszustand zwischen dem Deutschen Reich und den anderen beteiligten Staaten beendet wurde (U.N. Charta Artikel 53 und Artikel 107).

Dieses wird es in Zukunft auch nicht geben, da die BRD keinen Friedensvertrag abschließen kann, weil sie nach den Bundesverfassungsgerichtsurteilen nicht der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist, das immer noch existiert und Rechtsfähigkeit besitzt.

In einem Friedensvertrag werden noch ausstehende, mögliche Reparationszahlungen festgelegt.

Nach jetzigem Stand sind die Reparationskosten der Westalliierten Siegermächte bis zum 03.10.1955 von der BRD bezahlt worden. Die Reparationskosten an die Sowjetunion wurden bis zum 01.09.1955 von der DDR geleistet und beglichen. Die weiterhin fließenden Zahlungen an die Alliierten Westmächte sind fortlaufende Besatzungskosten.

Seit 1990 ist die BRD, völkerrechtlich betrachtet am 17.07.1990 erloschen. Es wurde der Art. 23 GG ersatzlos gestrichen, der den Geltungsbereich des Grundgesetzes definierte.

Der territoriale Geltungsbereich des GG ist spätestens mit der Streichung des Artikels 23, am 23.09.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen. Die BRD hat das im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben: Die BRD ist de jure seit diesem Datum nicht mehr existend.

Fakt ist aber, daß die BRD-GmbH immer noch vorhanden ist, sich über alle völkerrechtlichen Bestimmungen hinwegsetzt. Sie suggeriert dem Deutschen Volk, daß sie legitim sei.

Tatsächlich hat die Regierung am 13.7.2007 die Bundesrepublik Deutschland GmbH mit Sitz in Frankfurt/Main gegründet, die die Finanz- und Wirtschaftsbelange der BRD steuern soll, dieses Deutschland hat keine Staatsgewalt.

Auch die neugeschaffene BaFin, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, ist ein Kunstprodukt und soll den Menschen vermitteln, daß mit den Finanztransaktionen alles in bester Ordnung sei.

Aber nichts ist in Ordnung. Das Reichsvermögen, Bahn, Post etc. wurde verscherbelt gegen fortgeltendes Reichs- und Besatzungsrecht.

Staatsvermögen wie Post, Tele-Kommunikation, die Bahn, Häfen, Schiffswerften, Flugplätze und anderes wurden verkauft oder in Privat-Agenturen/Firmen neu umgewandelt.

Den Staatsbürgern der DDR wurde Land enteignet und in staatliche LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) eingebracht. Viele Tausende DDR-Flüchtlinge wurden ihres Eigentums beraubt.

Die Staatsdiener der DDR und die Sowjetische Besatzungsmacht sind nicht der Wahrung und Pflege von Eigentum nachgekommen. Dieses wird sicher bei der Wiederherstellung des Deutschen Reiches Anlaß zu Streitigkeiten geben und sicherlich werden sich ehemalige DDR-Beamte dafür vor Gericht noch verantworten müssen.

Offenbar mit Duldung der Hauptsiegermacht USA haben die BRD-Regierungen, seit ihrem Beginn unter Konrad Adenauer, systematisch die bestehenden und gültigen Reichsgesetze modifiziert und neue Gesetze geschaffen.

Alle Regierungen, auch die Siegermächte und andere Staaten, haben es vermieden, dem Volk der Deutschen die Wahrheit zu sagen und unterhalten nach wie vor diplomatische wie auch wirtschaftliche Beziehungen zur BRD-GmbH.

Die Angebote der damaligen UdSSR, Deutschland den Friedensvertrag zu ermöglichen, wurde bereits unter Adenauer abgelehnt, sowie 1990 von Kohl und Genscher so daß es überhaupt nicht zu Verhandlungen kommen konnte.

Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatslehre geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat.

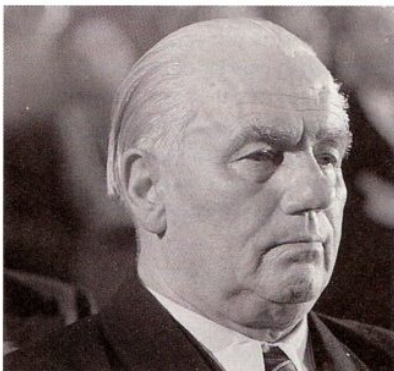
Weder ist es mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte untergegangen. Das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Das Deutsche Reich existiert fort (BverfGE2, 266(277), 3,288 (319f), 5,85 (126), 6, 309 (336, 363), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ tragen – auch – die vier Mächte (BverfGE1, 351 (362f, 367)).

Das Militärgesetz Nr. 52, auch als SHAEF-Gesetz Nr. 52 bekannt, hat nach wie vor Gültigkeit.

Die SHAEF-Gesetzgebung und alle sonstigen besatzungsrechtlichen Anordnungen und Vorschriften seit dem Ende des 2. Weltkrieges haben nach wie vor uneingeschränkte Gültigkeit für alle Deutschen, gemäß Artikel 4 der SHAEF Proklamation Nr.1 der USA. Alle Deutschen unterliegen der Anweisung, Kontrolle und Gerichtsbarkeit des SHAEF-Gesetzgebers und die Militär- und Kontrollratsgesetze gelten fort und haben volle Gültigkeit. Sowie auch alle SMAD-Gesetze rechtskräftig gültig sind.

Die Militär- und Kontrollratsgesetze gelten fort und haben volle Gültigkeit



Friedrich Wilhelm Reinhold Pieck war von 1949 bis zu seinem Tode 1960 der erste und einzige Präsident der DDR.



Otto Grotewohl war von 1949 bis 1964 der erste Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit Streichung der Präambel und Artikel 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Damit ist das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 existent und handlungsfähig.



Konrad Adenauer (links) war von 1949 bis 1963 erster Bundeskanzler und Theodor Heuss von 1949 bis 1959 der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

**Aus einer Rede des Abgeordneten Carlo Schmid
im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948
Was heißt eigentlich:
„Grundgesetz?“**

Meine Damen und Herren! Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn „Parlamentarischer Rat“? Was heißt denn „Grundgesetz“?

Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden:

Sie hat eine Verfassung zu schaffen.

Was heißt aber „Verfassung“? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz.

Was ist nun die Lage Deutschlands heute?

Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit? Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren.

Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer!

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die *debellatio* vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte. Der Sieger muß also von dem Zustand der *debellatio* Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten.

Die eine ist die Annexion. Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten annektieren, seinem Gebiet einstückeln. Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet. Oder er muß zur sogenannten Subjugation schreiten, der Verknechtung des besiegten Volkes.

Aber die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll. Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß

Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. Denn wenn wir hier es zu schnell vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen aus unserem Bewußtsein verdrängen sollten, könnte es geschehen, daß einige Generationen später das Verdrängte in böser Gestalt wieder aus dem Dunkel des Vergessens emporsteigen könnte! Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse von diesen Dingen sprechen!

Freilich wissen wir genau, daß die Austreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern dieses Krieges, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist und das, was bei uns geschah, lediglich das Zurückkommen des Bumerangs ist, der einst von hier ausgeworfen wurde. Trotzdem aber bleibt bestehen, daß, was nach dem Kriege geschehen ist, auch Unrecht ist! Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten

Staatsvolks setzt. Das will das deutsche Volk in den drei Westzonen aber nicht sein!

Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und es wird keines geben!

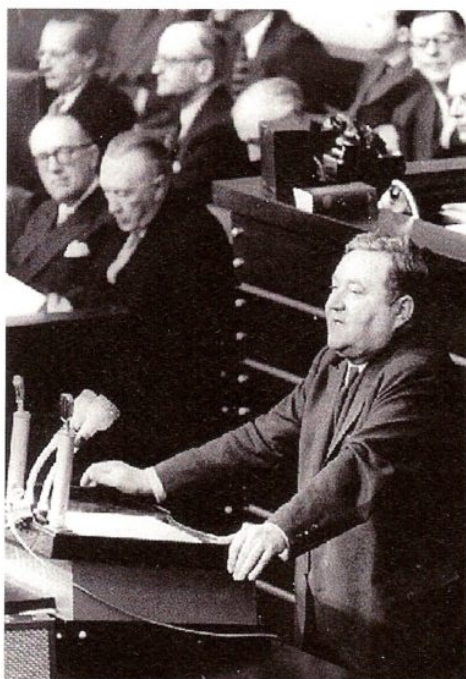
Das französische Verfassungswort: „La Nation une et indivisible: die eine und unteilbare Nation“ bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte deutsche Volk kann „volkssoverän“ handeln, und nicht ein Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn er legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.

Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung. Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann

erkennt man, daß die Besatzungsmächte sich eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.

Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität des Genehmigungspflichtigen!



Carlo Schmid (1896–1979) war ein renommierter Staatsrechtler und gehört zu den Vätern des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und auch des Godesberger Programms der SPD.

Also: Auch die jetzt freigegebene Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz: Um einen Staat im Vollsinn zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen.

Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden. Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn „vorläufig“ lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment. Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt. Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.

Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Voll-Staat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können:

Erstens: Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können. Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: An dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.

Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und es wird keines geben!

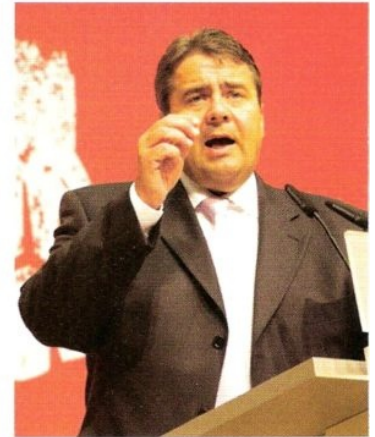
(Carlo Schmid am 8.9.1948)



Politik ohne Angst. Politik mit Mut – das ist heute erneut gefragt. Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft für alle Ewigkeit.

(Angela Merkel am 16.6.2005)

Aus einer Rede von Sigmar Gabriel am 27.2.2010 auf dem Parteitag der SPD in NRW



Die Verantwortung, die wir in der Opposition haben, die würden wir für die Bundesregierung auch wünschen. Aber wir haben keine Bundesregierung, wir haben nach meinem Eindruck eine Kanzlerin, die Vorsitzende einer neuen Nichtregierungsorganisation ist, die sich Koalition nennt. Davon ist Frau Merkel die Chefin, und ich weiß nicht zum wievielten Mal die sich jetzt zum Krisengipfel getroffen haben – es ist ja schwer, da noch mitzukommen. Das wurde mal vorher als „Krisengipfel“ kommuniziert, hinterher hat man noch gut zu Abend gegessen, jedenfalls ist klar, daß nie was dabei rauskommt.

Deutschland hat riesige Herausforderungen, steigende Arbeitslosigkeit, Unklarheit wie es mit der Kurzarbeit weitergehen soll, ungelöste Bildungsprobleme, dramatische Schwierigkeiten im öffentlichen Haushalt, die Städte und Gemeinden saufen uns ab, das Konjunkturpaket 2 läuft Ende des Jahres aus, wir erleben, daß die Banken und Börsen sich erneut in der Richtung einer Blase bewegen: Also, es gibt Baustellen zuhauf. Gerade erleben wir die Finanz- und Wirtschaftskrise – und wir haben keine Bundesregierung. Wir haben keine Kanzlerin, die entscheidet, wir haben keinen Wirtschaftsminister, der entscheidet, wir haben keinen Außenminister, der seine Kolleginnen und Kollegen anhält, endlich für die entsprechende Finanzmarktregulierung zu sorgen, und wir haben einen Finanzminister, der hin und wieder darauf aufmerksam macht, daß er etwa 100 Prozent der Forderungen, die die Regierungsparteien aufstellen, nicht zu bezahlen weiß.

Zweites Zitat :

Merkel schlägt zurück, nicht schlecht, aber außer um sich selbst und um ihr Klientel kümmert sich diese Regierung um gar nichts. Ich sage euch, wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben Frau Merkel als Geschäftsführerin in einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland. Das ist das was hier ist.

Sigmar Gabriel auf dem SPD Parteitag NRW im Februar 2010 (Auszug aus seiner zweiten Rede)

Die DDR wird eine »Volksdemokratie«

30. Mai. Der am → 15. Mai gewählte dritte Volkskongress in der Sowjetzone billigt die vom Volksrat ausgearbeitete Verfassung, die mit der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik am → 7. Oktober zur rechtlichen Grundlage der DDR wird. Trotz äußerlicher Anlehnung an die Weimarer Verfassung orientiert sie sich vorrangig am Vorbild der sog. volksdemokratischen Staatsordnung der Sowjetunion. Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative wird verworfen, das Prinzip der Volkssouveränität und damit die Stellung des Parlaments, der Volkskammer, wird besonders hervorgehoben.

Die Pflicht eines jeden Bürgers zur Mitgestaltung des Staatslebens rangiert vor den bürgerlichen Freiheitsrechten.

Die Verfassung der DDR beginnt mit folgenden Worten und Artikeln:

»Von dem Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.

A. Grundlagen der Staatsgewalt

Artikel 1: Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, sie baut sich auf den deutschen Ländern auf.

Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind; alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden.

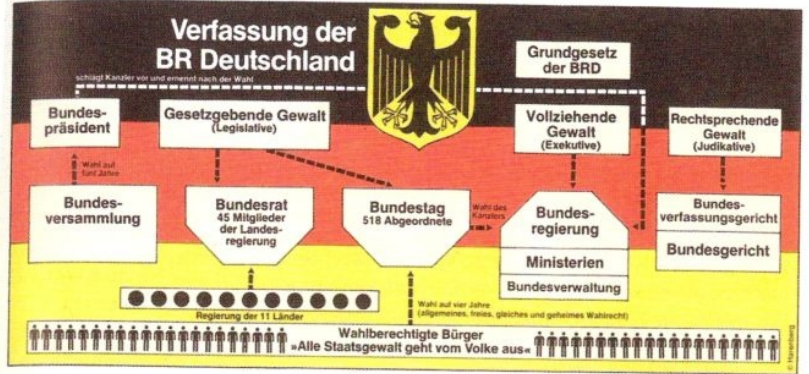
Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt.

Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

Artikel 2: Die Farben der Deutschen Demokratischen Republik sind Schwarz-Rot-Gold.

Artikel 3: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreis, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik . . .



Das Grundgesetz ist in Kraft

24. Mai. Das am → 23. Mai verabschiedete Grundgesetz tritt in Kraft. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Die Präambel und die ersten fünf der 19 Grundrechte haben folgenden Wortlaut:

»Präambel:
Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem Vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

I. Die Grundrechte

Artikel 1. Menschenwürde
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller

Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2. Freiheitsrechte

(1) Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3. Gleichheit vor dem Gesetz

(1) Alle Menschen sind vor dem Ge-

setz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 4. Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

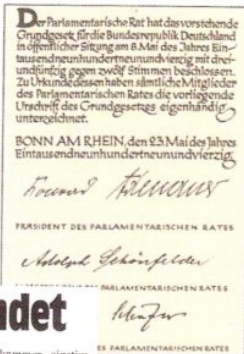
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5. Meinungsfreiheit

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.



DDR wird gegründet

4.-12. Oktober. Nach einer Sitzung des Präsidiums des deutschen Volksrats und des antifaschistisch-demokratischen Blocks der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) beschließen die Gremien, daß nach der Bildung eines Staates in Westdeutschland der Volksrat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bilden soll, der hierfür zu einer Plenarsitzung am 7. Oktober einberufen wird. In dieser Sitzung billigt der Nationalrat das Manifest der Nationalen Front und beschließt, sich selbst zur provisorischen Volkskammer zu erklären und die vom Volksrat im → Mai 1949 bestätigte Verfassung als Verfassung der DDR anzusehen. Damit wird die Deutsche Demokratische Republik als Staat proklamiert. Weiterhin beschließt die provisorische Volkskammer Gesetz über eine provisorische Länderkammer und eine provisorische Regierung. Den Auftrag zur Kabinettsbildung erhält Otto Grotewohl, den die SED als stärkste Fraktion für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlägt. Zum Präsidiumsvorsitzenden der provisorischen Volkskammer wird Johannes Dieckmann (LDP) gewählt, seine Stellvertreter sind Hermann Matern (SED), Hugo Hickmann (CDU) und Jonny Lohr (NDPD). Am 11. Oktober finden die Wahlen zur provisorischen Länderkammer statt, die gemeinsam mit der provi-

sonischen Volkskammer einstimmig Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR wählt. Grotewohl stellt am folgenden Tag der provisorischen Volkskammer sein Kabinett vor. Ihm gehören an: Otto Grotewohl (SED), Ministerpräsident; Walter Ulbricht (SED), Hermann Kastner (LDP), Otto Nuschke (CDU), gleichberechtigte stellvertretende Ministerpräsidenten; Georg Dertinger (CDU), Außenminister; Karl Steinhoff (SED), Innenminister; Heinrich Rau (SED), Planungsminister; Hans Loch (LDP), Finanzminister; Fritz Selbmann (SED), Industrie- und Wirtschaftsminister; Georg Handke (SED), Außenhandelsminister; Karl Hermann (LDP), Minister für Handel und Versorgung; Luitpold Steidle (CDU), Arbeitsminister; Reingruber (parteilos), Verkehrsmi-

Alliierte üben Kritik

3. März. Die westalliierten Militärgouverneure nehmen Stellung zu dem deutschen Entwurf des Grundgesetzes und kritisieren, daß die Direktiven, die sie gegeben haben, nicht genügend berücksichtigt worden seien. Im besonderen verlangen sie, Berlin nicht in die westdeutsche Föderation aufzunehmen und den Ländern größere Gesetzgebungsgewalt zuzuordnen. Die Sicherheit der einzelnen Länder werde von den Alliierten gewährleistet. Im Bereich der Rechtsprechung wünschen die Gouverneure präzisere Definitionen und Aussagen. Ländergrenzen, die im Grundgesetz festgelegt seien, können bis zum Friedensvertrag nicht abgeändert werden. Die vom Parlamentarischen Rat vorgesehene Wahlord-

nung für das Parlament – von 4 Abgeordneten werden 205 direkt und 205 im Proporzsystem gewählt – soll nicht in die Verfassung aufgenommen werden. Ein siebenköpfiger interfraktioneller Ausschuß des Parlamentarischen Rats entwirft daraufhin Genvorschlüsse, die die Abgeordneten »mit ihrer Überzeugung um ihrem Gewissen vereinbaren können«. Diese Alternativen nehmen die Gouverneure nicht an, sondern verlangen eine neue Gesamtvorge. Die elf westdeutschen Ministerpräsidenten bekunden gegenüber den Militärgouverneuren ihre Solidarität mit dem Parlamentarischen Rat, dessen SPD-Fraktion jedoch weitere Zugeständnis an die Alliierten ablehnt (→ Mai 1949).

Besatzungskosten veröffentlicht

2. April. Als vorsichtige Kritik an den Forderungen der Besatzungsmächte wird eine Rechnung verstanden, die der Bundestagsausschuß für Besatzungsangelegenheiten veröffentlicht. Danach haben die Alliierten im Jahre 1949 von der Bundesrepublik 4,5 Milliarden DM erhalten. Pro Kopf der Bevölkerung sind dies 95,46 DM, was bedeutet, daß jeder Berufstätige ungefähr einen Monat lang nur für die Besatzungsmächte arbeitet. Die Abgaben entsprechen ungefähr 50 Prozent der gesamten Bundeseinnahmen.

Kontrollen im Berlin-Verkehr

31. März. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) teilt den Stabschefs der westalliierten Militärregierungen mit, künftig würden die Verbindungswege zwischen Berlin und Westdeutschland durch umfassende Kontrollen überwacht, um die Ausfuhr von Lebensmitteln und Wirtschaftsgütern nach Westdeutschland und die Einschleusung von Spionen und Saboteuren in die SBZ zu verhindern. Außerdem müsse der Flüchtlingsstrom aus den Hungergebieten Westdeutschlands unterbunden werden. Die Vertreter der USA und Großbritanniens sprechen der SMAD das Recht auf alleinige Kontrolle der Verkehrswege ab.

Sowjets drohen

9. November. Die sowjetische Militäradministration droht an, alle westalliierten Flugzeuge, die die Luftkorridore auf dem Flug nach und von Berlin nicht einhalten, zur Landung zu zwingen. Da sowohl die USA als auch Großbritannien davon ausgehen, daß das Verlassen

der Korridore bei winterlichem Schlechtwetter leicht geschehen kann, machen sie die UdSSR für alle Konsequenzen verantwortlich. Neuen Rekord der Luftbrücke bedeutet am 25. November die Anlieferung von 6000 Tonnen Waren in 700 Flügen (→ Mai 1949).

Besatzungsstatut wird revidiert

6. März. Voraussetzung für eine Revision des Besatzungsstatuts, das der Bundesrepublik mehr Souveränitätsrechte einräumt, ist die Anerkennung der Auslandsschulden des Deutschen Reiches gewesen. Nachdem dies von der Bundesregierung am 1. März brieflich zugesichert wird, können die neuen ausgehandelten Bestimmungen in Kraft treten. Die Bundesregierung kann

danach ein Außenministerium bilden und diplomatische Beziehungen zu allen Staaten außer den kommunistischen aufnehmen. Die Besatzungsmächte geben auch weitgehend die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft ab, allerdings behalten sie sich die Aufsicht über die Entflechtung und Dekartellisierung der Kohle-, Stahl- und Filmindustrie sowie der IG-Farben und

der Großbanken vor. Änderungen des Grundgesetzes können vorerst nur nach Genehmigung der Alliierten erfolgen; wenn jedoch ein Verfassungsgericht eingerichtet sein wird, soll auch diese Funktion abgegeben werden. Weitere Lockerungen des Besatzungsstatuts werden in Aussicht gestellt. – Erster Außenminister der Bundesrepublik wird Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Kleines Interview mit Konrad Adenauer: Wer wird Außenminister?



„Tja, also ... Charakter muß er haben ... Diplomat soll er sein ... und repräsentativ ... dreimal dürft Ihr raten, wer ...“

Londoner Plan für deutsche Bundesregierung

7. Juni. Die seit 20. April in London tagende Sechsmächte-Konferenz (USA, Großbritannien, Frankreich, Benelux-Staaten) endet mit einem Kommuniqué, das unter anderem folgende Beschlüsse enthält: Den Benelux-Staaten wird Zusammenarbeit in der Deutschlandfrage zugesagt, sofern es sich um Probleme handelt, die sie unmittelbar betreffen, z. B. Grenzkorrekturen. Eine internationale Behörde zur Ruhrkontrolle soll unter deutscher Beteiligung geschaffen werden. Angeregt werden die Koordination der Wirtschaft in den drei Westzonen, sowie Besprechungen der drei Militärgouverneure mit den westdeutschen Ministerpräsidenten über eine verfassungsgebende Versammlung. Westdeutschland soll eine Bundesregierung erhalten, die die einzelstaatlichen Rechte der Länder sichert, über ausreichende Zentralgewalt verfügt und Rechte und Freiheiten des einzelnen Bürgers garantiert. Die »Prawda« nennt die Beschlüsse von London einen illegalen Plan zur Teilung Deutschlands. Während die Parlamente der USA und Großbritanniens den Beschlüssen sofort zustimmen, findet sich in der französischen Nationalversammlung nur eine knappe Mehrheit (297 zu 289 Stimmen).

Ja zum Grundgesetz

23. Mai. Nach wochenlanger starker politischer Aktivität wird in Bonn das Grundgesetz verkündet. Der Parlamentarische Rat nimmt am 8. Mai das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in dritter Lesung mit 55 : 12 Stimmen an. Für das Verfassungsgesetz stimmen 26 Abgeordnete der SPD, 21 der CDU, 5 der FDP und 1 Unabhängiger; dagegen stimmen 6 Abgeordnete der CSU, je 2 Abgeordnete des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD. Das Wahlgesetz für den Bundestag nimmt der Parlamentarische Rat am 10. Mai an. Das Gesetz sieht vor, 200 Abgeordnete direkt und 200 über Ergänzungslisten zu wählen, wobei Listenverbindungen, die noch in der Weimarer Republik zulässig waren, verboten sind. Am gleichen Tag bestimmt der Parlamentarische Rat Bonn zur vorläufigen Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland (→ 1. 9. 1948). Bis zum 21. Mai ratifizieren die westdeutschen Länder das Grundgesetz mit Ausnahme Bayerns, dessen Landtag aber beschließt, die Rechtsverbindlichkeit anzuerkennen, wenn zwei Drittel der Länder den Verfassungsbestimmungen zustimmen. Diese Zustimmung erteilen die Landtage, wobei in der Regel SPD, CDU und FDP für, KPD, DP und Zentrum gegen das Gesetz votieren. Die bayerische Opposition gegen die Verfassungsbestimmungen wird von CSU und Bayernpar-

tei getragen, wobei die Bayernpartei auch bei einer Zweidrittelmehrheit der Länder für das Grundgesetz dessen Rechtsverbindlichkeit nicht anerkennen will. Die feierliche Verkündung des Grundgesetzes findet in Bonn in Gegenwart der westdeutschen Minister- und Landtagspräsidenten, der Direktoren der Bizonen-Verwaltung und des Wirtschaftsrates und Vertretern der Militärgouverneure statt. Konrad Adenauer hält als Vorsitzender des Parlamentarischen Rats die Eröffnungsansprache und weist unter anderem darauf hin, daß ein neuer Abschnitt deutscher Geschichte begonnen habe. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates unterzeichnen, bis auf die KP-Abgeordneten Max Reimann und Karl Renner, das Grundgesetz, ebenso die Minister- und Landtagspräsidenten aller westdeutschen Länder, das heißt auch Bayerns. Damit beginnt die eigentliche Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Auf der am 23. Mai beginnenden Außenministerkonferenz der Großen Vier lehnen die USA, Großbritannien und Frankreich den sowjetischen Vorschlag ab, in Deutschland das Viermächte-Regime wiederherzustellen, und die UdSSR verwirft den Gedanken, durch Ausdehnung des Grundgesetzes auf die SBZ zu einer Vereinigung Deutschlands zu gelangen.



Der parlamentarische Rat vor der Abstimmung über das Grundgesetz. In der ersten Reihe: Carlo Schmid (2. v. l.), Paul Löbe (sitzend), Theodor Heuss (4. v. l.).

n 410
direkt
swählt
aufge-

ionel-
ntari-
n Ge-
rdne-
g und
kön-
fimen
ndem
vorlä-
nister-
über
e Soli-
schen
jedes
Minis-

Die Entstehung zweier Staaten

1945
 8.5. Die Kapitulationsurkunde wird unterzeichnet.
 23.5. Die Geschäftsführende Reichsregierung von Karl Dönitz wird verhaftet.
 5.6. Die vier Besatzungsmächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich bilden den Alliierten Kontrollrat als oberste Regierungsgewalt in Deutschland.
 11.6. In Berlin wird die KPD wieder gegründet.
 15.6. Unter Leitung von Kurt Schumacher entsteht die SPD in den Westzonen; die zugleich gegründete DDP leitet Otto Grotewohl.
 17.6./20.6. Die rheinische CDU wird in Köln, die Sowjetzonen CDU in Berlin gegründet.
 14.7. KPD, SPD, CDU und LDPD gründen in der Sowjetzone den antifaschistisch-demokratischen Block.
 17.7.-2.8. Die Potsdamer Konferenz der »Großen Drei« UdSSR, USA und Großbritannien beschließt die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands und die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit des Landes.
 1.9. Die Bodenreform in der Sowjetzone wird in Angriff genommen.
 13.10. In Würzburg konstituiert sich die CSU.
 14.10. Der Chemiekonzern I.G. Farben wird beschlagnahmt.
 30.10. In der Sowjetzone wird mit der Enteignung von Betrieben begonnen.
 1946
 20.1. Die Gemeindevahlen in der US-Zone sind die ersten freien Wahlen in Deutschland seit 1933.
 21.4. SPD und KPD in der Sowjetzone schließen sich zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) zusammen.
 25.5. Die Demonstrationen in der US-Zone werden eingestellt.
 1.9. In der Sowjetzone und in Berlin finden Gemeindevahlen statt. Die SED erleidet in Berlin eine Niederlage.
 1947
 1.1. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der amerikanischen und britischen Zone wird gegründet (Bi-Zone).
 12.3. US-Präsident Harry S. Truman verkündet die Eindämmung kommunistischer Machterweiterung (Truman-Doktrin).
 5.6. US-Außenminister George C. Marshall verkündet sein Hilfspro-

gramm für Europa (European Recovery Program, ERP, auch Marshall-Plan genannt).
 5.6. Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder aus den Westzonen und der Sowjetunion scheitert, da keine Einigung über die Tagesordnung erzielt werden kann.
 29.6. Der Wirtschaftsrat der Bi-Zone wird errichtet.
 1948
 6.3. Die seit dem 23. Februar tagende Konferenz westlicher Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Luxemburg) schlägt die Bildung eines Weststaates in Deutschland vor.
 20.3. Letzte gemeinsame Sitzung des alliierten Kontrollrats. Da die



Die Männer der ersten Stunde der beiden neugegründeten Staaten auf deutschem Boden: u. l. Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, gewählt am 13. September 1949; u. r. Theodor Heuss, am 12. September 1949 von der Bunderversammlung zum ersten Staatspräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt; u. l. Wilhelm Pieck, den die sowjetische Länderkammer und die polnische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 11. Oktober 1949 zum ersten Präsidenten der DDR wählten; u. r. Otto Grotewohl, am 12. Oktober 1949 zum Generalsekretär der SED gewählt (nicht mit abgebildet).

Vertreter der Westalliierten der Forderung nach vollständiger Unterordnung über die Beschlüsse der Londoner Sechsmächtekonferenz nicht nachkommen, verläßt der sowjetische Vertreter die Sitzung.
 20.6. In den Westzonen wird die Währungsreform durchgeführt. Die sowjetische Militäradministration erklärt, dieser Schritt habe Deutschland gespalten.
 23.6. Auch in der Sowjetzone wird eine Währungsreform durchgeführt.
 24.6. Tagung der Acht-Mächte-Konferenz der Ostblockstaaten (UdSSR, Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, CSSR, Ungarn) in Warschau: Es wird eine gesamtdeutsche Regierung gefordert.
 24.6. Die Sowjets beginnen die Blockade der Zufahrtswege nach Berlin (West).
 1.9. Der Parlamentarische Rat zum Entwurf einer Verfassung wählt unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer die erste Sitzung ab.
 11.12. In Heppenheim wird die FDP gegründet.
 1949
 5.4. Die Bi-Zone wird mit dem französischen Besatzungsgebiet zur Tri-Zone vereinigt.
 8.5. Der Parlamentarische Rat verabschiedet mit den Stimmen der SPD, CDU und FDP das Grundgesetz.
 10.5. Bonn wird zur vorläufigen Bundeshauptstadt ernannt.
 12.5. Die Sowjets brechen die Berlin-Blockade ab.
 15.5. In der Sowjetzone finden die Wahlen zum 3. Volkskongreß mit Einheitslisten statt.
 23.5. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird verabschiedet.
 30.5. Der Volkskongreß in der Sowjetzone billigt den Entwurf für die Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik.
 14.8. Der erste Deutsche Bundestag wird gewählt.
 7.9. Erstmals versammelt sich der Bundestag.
 12.9. Theodor Heuss wird Bundespräsident.
 15.9. Konrad Adenauer wird vom Bundestag mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt.
 7.10. Die Deutsche Demokratische Republik wird gegründet.



Für die Wahlen zur Volkskammer in der sowjetischen Zone werden Wählerlisten ausgelegt. In West-Berlin verbieten die Westmächte die Wahlen.

Ostzonen-Verfassung

15. Mai. Die Wahlen zum 3. Volkskongreß in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) finden mit Einheitslisten statt. Bei einer Beteiligung von 92,5 Prozent stimmen 66,1 Prozent den Kandidaten zu (in Ost-Berlin beträgt die Wahlbeteiligung 91,3 Prozent, die Zustimmung zur Einheitsliste 51,7 Prozent). Der Volkskongreß setzt sich zusammen aus 1500 Delegierten der SBZ: SED 450, CDU 225, LDP 225, NDPD 75, Bauernpartei 75, Organisationen 400, führende Persönlichkeiten 50. Für die drei Westzonen werden 500 Delegierte nominiert. Die »Tägliche Botschaft« Organ der Sowjet-

Volkskongreß spreche für alle, auch die im Westen zum Schweigen verurteilten Deutschen, die noch ein Nationalgefühl besitzen. Wilhelm Pieck eröffnet die Tagung des Volkskongresses am 29. Mai und wirft den Westalliierten vor, zahlreichen westdeutschen Delegierten die Passierscheine verweigert zu haben; Pieck fordert ferner zur Bildung einer Nationalen Front auf. Der Volkskongreß genehmigt die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik mit allen gegen eine Stimme und verlangt einen Friedensvertrag und benennt eine Kommission, die der Außenminister von Paris seine Vorstellung (→ Juni 1949).

Kontrollrat plant Demontage der Schwerindustrie

26. März. Der Kontrollrat hat für die deutsche Industrie einen Plan vorgelegt, der sich an die Beratungen während der Potsdamer Konferenz anlehnt. Er sieht eine deutsche Produktionsenkung auf 50 bis 55 Prozent der Vorkriegszeit vor. Alle Industrien, die nicht allein für die Herstellung friedlicher Waren bestimmt sind, sollen demontiert werden. Es wird an einen durchschnittlichen Lebensstandard gedacht, der dem anderer europäischer Staaten – mit Ausnahme der UdSSR und Großbritanniens – angepaßt ist. Eingeschränkt wird die Metall- und Chemieproduktion sowie der Maschinenbau; der Kohleabbau ist zu Reparationszwecken zu fördern. Etwaige Exportüberschüsse sollen für die Bezahlung der Unkosten der Besatzungsmächte benutzt werden. Deutschland soll durch diese Maßnahmen im wesentlichen zu einem Agrarstaat gemacht werden.

Ostblock fordert gesamtdeutsche Regierung

24. Juni. Als Ergebnis einer Konferenz des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw Molotow mit den Außenministern Polens, Jugoslawiens, Rumäniens, der ČSR, Ungarns, Bulgariens und Albanien in Warschau werden als Forderungen genannt: Erfüllung der Vereinbarungen über die deutsche Entwaffnung; Viermächte-Kontroll des Ruhrgebiets; Einsetzung einer gesamtdeutschen Regierung; Abschluß eines Friedensvertrags und Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Die SED verlangt die Annäherung der sowjetischen Zone an die Sowjetunion.

Byrnes fordert Zusammenschluß der Zonen

10. Juli. Angesichts des Scheiterns der zweiten Konferenzrunde in Paris sieht US-Staatssekretär Byrnes die Notwendigkeit, wirtschaftlich zusammenzuschließen auf. Wenn die sowjetische Regierung angesprochen wird, richtet sich die Erklärung allein an die britischen Byrnes und Ernest Bevin die vorläufige Bild der britischen und der amerikanischen Zone (→ 5. 9. 1946).

Sorge um die deutsche Einheit

18. Februar. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS berichtet, die Außenminister der ČSR, Polens und Jugoslawiens hätten in Prag bei Besprechungen mit Besorgnis festgestellt, eine politische Einheit Westdeutschlands stelle eine Gefährdung der europäischen Sicherheit dar, da die Entmilitarisierung in den Westzonen nicht gründlich genug betrieben worden sei.